



# Deutscher Reichstag.

— Berlin, den 23. März. 1

## Die Kohlensteuer.

Die zweite Lesung der Steuervorlagen wird mit der Beratung der Kohlensteuer fortgesetzt. Die Kohlensteuer, die bis zu 20 Prozent betrug, soll nach dem Vorschlag der Regierung, dem sich der Ausschuss angeschlossen hat, auf 40 Prozent erhöht werden. Länder und Gemeinden dürfen Steuern auf Erzeugnisse des Kohlenbergbaus nicht mehr erheben. Ausgenommen sind die allgemeinen Gewerbesteuer und Grundsteuer. Das Gesetz soll am 1. Februar 1922 in Kraft treten.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß Härten gemildert werden sollen.

Hg. Kersch (Dnt.) lehnt die Erhöhung der Kohlensteuer ab. Die Annäherung an den Weltmarktpreis sei nur für England von Vorteil, das jetzt 1,8 Millionen Arbeitslose hat und die deutschen Exportmöglichkeiten gewinnen möchte, um seine Arbeitslosigkeit loszuwerden und nach Deutschland zu überziehen. Man könne nicht mit einem einzelnen Produkt an die Weltmarktpreise herangehen.

Hg. Richter (H. Cz.) beantragt, die Hausbrandkohle bei Einkommen bis zu 50000 Mark steuerfrei zu lassen. Hg. Frick (Komm.) beantragt völlige Aufhebung der Kohlensteuer.

Hg. Wöhrer (Soz.) tritt dafür ein, daß das Gesetz am 1. April 1922 Gültigkeit erlangt.

Hg. Vind (Dnt.) läßt die Erhöhung der Kohlensteuer für eine außerordentliche Belastung der Landwirtschaft. Hg. Amann (Str.) macht darauf aufmerksam, daß die Anpreisung erhöht worden seien, einmal, weil die Bergarbeiter, die es sind, antwortet, weil für Verbesserungen viel Kapital nötig war.

Hg. Graf Kainz (Dnt.) bittet um Annahme folgender Entschiedenheit seiner Fraktion: Angesichts der erneuten Bedrohung des ohnehin schwer leidenden ostpreussischen Wirtschaftslebens durch die bevorstehende Erhöhung der Kohlensteuer wird die Reichsregierung ersucht, binnen zwei Monaten einen Gesetzentwurf vorzulegen, der geeignet ist, das ostpreussische Wirtschaftsleben unter besonderer Berücksichtigung der Transportverhältnisse zwischen Ostpreußen und dem Reich auf das wirksamste zu unterstützen.

In der Abstimmung wird der deutschnationale Antrag auf Ermäßigung der Kohlensteuer auf 30 Prozent ebenso wie ein unabhängiger und kommunistischer Antrag die Hausbrandkohle steuerfrei zu lassen, abgelehnt. Es bleibt bei der ursprünglichen Fassung. Das neue Gesetz tritt am 1. April in Kraft. Die deutschnationale Entschiedenheit wird einstimmig angenommen.

## Das Diktat der Unvernunft.

Wieder einmal hat die Politik der Rache und der Vergeltung über die fühle Erwägung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten triumphiert. Der Siegeswahnsinn sieht noch nicht die verhängnisvollen Auswirkungen des Versailles Gewaltfriedens, unter dem die ganze Welt, Sieger und Besiegte, von Tag zu Tag mehr leidet. Zwar hat man uns ein sogenanntes Moratorium, einen Zahlungsausschub, gewährt. Doch wie geringfügig ist diese angebliche Erleichterung der Zahlungsbedingungen. Statt der im Londoner Ultimatum verlangten zwei Milliarden Gold und der 26 prozentigen Ausfuhrabgabe, die eine weitere Goldmilliarde ausmacht, also statt drei Milliarden sollen wir im laufenden Jahr 720 Millionen in bar und 1450 Millionen in Sachleistungen, also zusammen 2170 Millionen Gold bezahlen. Das ist gerade eine Ermäßigung von ungefähr 27 Prozent. Daß mit einem solchen Moratorium, das sich übrigens nur als ein vorübergehende Milderung der Erpresserpolitik darstellt, denn der jetzt gestundete Rest der Schuld bleibt bestehen, unserer wirtschaftlichen Lage und unserer bis auf ein geringes Maß herabgedrückten Leistungsfähigkeit keineswegs Rechnung getragen wird, müßte eigentlich jedem vernünftig denkenden Menschen einleuchten.

Wenn man in der Gewährung des an sich so beschwerlichen Zahlungsausschubs für 1922 vielleicht ein gewisses Entgegenkommen der Entente erblicken möchte, so wird das Moratorium durch die an die Stundung geknüpften Bedingungen und Garantieforderungen ohne weiteres wieder illusorisch gemacht. Mit einer geradezu erschauenden Unvernunft und beispiellosen Verkenntnis der für das Wirtschaftsleben unumgänglichen Grundsätze hat die Reparationskommission ein Reihe ungeheurer Forderungen aufgestellt, deren Erfüllung wegen ihrer Undurchführbarkeit und aller wirtschaftlichen Gefahren widersprechenden Sinnlosigkeit von vornherein ausgeschlossen erscheint. Allein das unvernünftige Verlangen, neben den 100 Milliarden Steuern, die das deutsche Volk heute schon aufbringen muß, innerhalb weniger Wochen noch 60 Milliarden neuer Steuereinnahmen aus den Taschen der Steuerzahler herauszuholen, ist ein Beweis für die grenzenlose Unvernunft, die die Reparationskommission bei der Aufstellung des Pariser Diktates vor aller Welt geoffenbart hat.

## Das Urteil der Presse.

Die führende deutsche Presse von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten ist sich diesmal ziemlich einig, daß die Bedingungen des neuesten Entendiktates einfach unerfüllbar sind. Nachstehend lassen wir einige Proben der Beurteilung folgen.

Die vielfach offiziell benutzte „Deutsche Allgemeine Zeitung“ nennt die Forderung eine „völlige Entrechtung Deutschlands“ und kommt zu dem Schluß: „Die Erfüllung der vorstehenden Bedingungen, oder, da es dazu nicht kommen kann, auch nur der Versuch dazu, müßte die deutsche Wirtschaft in den Abgrund stürzen. Wir können uns keine Regierung vorstellen, die es fertig brächte, zu einer weiteren Verleumdung des deutschen Volkes die Hand zu bieten.“

Die deutschnationale „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: „Mit dem Ausdruck „Wahnsinn“ ist diese Forderung, sachlich wie moralisch, viel zu milde bezeichnet. Aber wir dürfen uns keiner Täuschung darüber hingeben, daß in diesem Wahnsinn unserer Feinde sehr viel Methode steckt, als in den bestechenden „nüchternen Erwägungen“ unserer Erfüllungspolitik. Er ist die Quittung auf die immer neuen Beteuerungen des deutschen Erfüllungswillens.“

„Die Zeit“, das Berliner Organ der Deutschen Volkspartei läßt ihre Ansicht in folgendem Satz zusammenfassen: „Das neue Diktat der Reparationskommission bedeutet, um es kurz zu sagen, gegenüber dem Erfüllungswillen der deutschen Regierung eine neue Unmöglichkeit des Erfüllens. Was die Reparationskommission von Deutschland verlangt, könnte auch ein wirtschaftlich blühendes Deutschland kaum leisten.“

Die „Tägliche Rundschau“ lebt namentlich die Nachwirkung auf die innere Politik hervor, indem sie aus-

spricht: „Man spricht von einem Rücktritt des Kabinetts Wirth, von dem Ende der Erfüllungspolitik und von der Möglichkeit neuer Regierungskoalitionen. Vorläufig ist die Lage natürlich noch recht hässlich.“

Das „Berliner Tageblatt“ (demokratisch) schreibt: „Das Chaos tut sich vor uns auf. Wohin man auch sieht, es findet sich kein Ausweg. Die Entente hat uns mit ihrer Rote noch tiefer in die Sackgasse getrieben.“

Die ebenfalls demokratische „Vossische Zeitung“ bläst nicht so trübe in die Zukunft, kommt vielmehr zu folgendem Schluß: „Nach unserer Auffassung bietet die Note der Reparationsauschusses die Möglichkeit zu Verhandlungen mit solchen Zielen. Denn man kann sich kaum denken, daß die harten Rezepte, die die Reparationskommission für die Erfüllung der deutschen Zahlungsverpflichtungen aufstellt, erfüllt und auch für den Fall unabänderlich gemeint sind, daß in neuen Verhandlungen Möglichkeiten zu einer Verständigung auf vernünftiger Basis sich anbahnen.“

Der rechtsstehende „Berliner Lokal-Anzeiger“ schreibt: „Von links bis rechts — am Ende aller Enden ist die Stimmung die gleiche. Niemand weiß weiter.“

Das führende Blatt des Zentrums, die „Germania“, kommt zu folgendem Ergebnis: „Wir wollen gewiß mit allen Kräften unserer Wirtschaft die politische Aufgabe der Wiedergutmachung erfüllen, aber was wirtschaftlich unmöglich gefunden wird, das müssen wir ablehnen. Wir müssen es aber nicht nur ablehnen, sondern der Welt auch die Ueberzeugung beibringen, daß Unmögliches von uns verlangt wird.“

Der mehrheitssozialistische „Vorwärts“ hebt nachfolgendes hervor: „Die Reichspresse verkündet triumphierend den Bankrott der Erfüllungspolitik und den nahe bevorstehenden Sturz des Kabinetts Wirth. Die Prophezeiung ist voreilig, kann aber noch Wahrheit werden, wenn die Entente auf der Erfüllung von Unmöglichem besteht und für den Fall der Nichterfüllung mit Gewaltmaßnahmen droht.“

Die „Freiheit“, das Berliner Organ der Unabhängigen, meldet etwas resigniert: „Trotz ihrer Minderungen sind die Zahlungsverpflichtungen so umfangreich, daß sie die Herstellung des Gleichgewichts im Budget in so mechanischer Weise und in so kurzer Zeit, wie es die Reparationskommission will, kaum möglich erscheinen lassen. Hinter der Nichterfüllung aber lauert die Drohung weiterer Eingriffe und Maßnahmen.“

## Das Ende mit Schrecken!

Frift bis 31. Mai.

Der offizielle Wortlaut der Entscheidung der Reparationskommission über die von Deutschland im laufenden Jahre zu leistenden Zahlungen in Gold und Sachwerten ist jetzt in Berlin eingetroffen. Die Note besteht aus zwei Schriftstücken, aus einem Brief an die deutsche Regierung, der die Entscheidung über die bedingte und vorläufige Gewährung eines Ausschubs enthält, und aus einem Antwortschreiben an den Reichskanzler über die verlangte Reform der deutschen Finanzen, die bis zum 31. Mai durchgeführt sein soll.

Der Inhalt der beiden Dokumente deckt sich im großen und ganzen mit den bereits veröffentlichten Mitteilungen. Von besonderer Wichtigkeit sind noch die Bestimmungen über die Sachleistungen, über die es in dem amtlichen Text u. a. heißt:

„Die Sachleistungen, welche von Deutschland zwischen dem 1. Mai 1921 und dem 31. Dezember 1922 an eine Macht bewirkt werden, welche wegen ihrer Befreiungsbefugnis forderungsberechtigt ist, sollen mit Verzinsung und entsprechender gleicher Berücksichtigung zum Ausgleich der Kosten der Besatzungsmächte während desselben Zeitraums verwendet werden. Nur ein etwa verbleibender Restbetrag soll gleichzeitig mit den Sachleistungen zum Ausgleich der Reparationsannuität nach Festsetzung von Artikel 4 des Zahlungsplans vom 5. Mai 1921 gutgeschrieben werden.“

Wiederholt wird in der Note darauf aufmerksam gemacht, daß es sich nur um einen vorläufigen Zahlungsausschub handelt, daß die Alliierten also nach wie vor an der im vorigen Jahre in London festgesetzten Gesamtsumme festhalten. Die Note bejagt über die Zahlung der gestundeten Summen:

„Der Unterschied zwischen den auf Grund des Zahlungsplans und wegen der Besatzungsmächte geschuldeten und den 1921 und 1922 tatsächlich bezahlten Summen soll ausgleich fünf Prozent jährlicher Zinsen eine Schuld Deutschlands bleiben, die über die Annuitäten des Zahlungsplans hinaus von ihm abgedeckt werden soll, sobald die Reparationskommission es dazu in der Lage erachtet wird.“

Das zweite Dokument, das sogenannte Antwortschreiben an den Reichskanzler, enthält die bereits bekannten ungeheuerlichen Garantieforderungen, darunter das völlig undurchführbare Verlangen, daß die deutsche Regierung in etwa acht bis zehn Wochen neue Steuern in Höhe von 60 Milliarden Papiermark gesetzlich festlegen soll, von denen 40 Milliarden bereits am 31. Dezember 1922 erhoben sein sollen. Am 31. Mai ds. Js. bereits will die Kommission prüfen, was von der deutschen Regierung geschehen ist, um den von der Reparationskommission gemachten Bedingungen Genüge zu leisten; nach dieser Prüfung wird die Kommission den provisorischen Ausschub entweder bestätigen oder für unwirksam erklären. Wird er für unwirksam erklärt werden die gestundeten Summen eingefordert werden können und müssen in den auf die Ungültigkeitserklärung folgenden 14 Tagen gezahlt werden, widrigenfalls der Reparationsauschub die Nichterfüllung der Verpflichtung den Alliierten anzeigen und ihnen gleichzeitig seine Vorschläge über die Gegenmaßnahmen mitteilen wird.

Sollte im Falle der Befristung des Ausschubs die Reparationskommission zu einem späteren Zeitpunkt eine Verschlingung Deutschlands bei Erfüllung der im einzelnen aufgeführten Bedingungen feststellen, so würde der Ausschub für ungültig erklärt, und der Zahlungsplan, so wie er Deutschland am 5. Mai 1921 mitgeteilt worden ist, vom Tage der Ungültigkeitserklärung des Ausschubs wieder in Kraft gesetzt werden.

## Anleihen oder Abgabe auf die beweglichen Sachwerte.

Preis Besetzung Deutschlands von einem Teil der Reparationsschuld regt die Reparationskommission die Aufnahme einer inneren oder äußeren Anleihe an. Sollte die Flüssigmachung eines Teils der Schuld Deutschlands durch solche Anleihen nicht in einer vernünftigen Frist zu erlangen sein, so soll die deutsche Regierung im Zusammenwirken mit der Reparations-

kommission die notwendigen Maßnahmen treffen, um eine Zahlung in Kapital durch andere Mittel, insbesondere durch eine Abgabe auf die beweglichen Realwerte Deutschlands zu bewirken.

## Politische Rundschau.

— Berlin, den 24. März 1922.

Der neugewählte Bischof von Trier, Weihbischof Bornemann, hat die auf ihn gefallene Wahl zum Bischof von Trier angenommen.

Transporte der amerikanischen Besatzungstruppen verlassen am 7. und 22. April und am 17. Mai die amerikanische Besatzungszone.

## Die deutsch-polnischen Besprechungen eingestellt.

Die Vermittlungsbemühungen des Präsidenten Colson in den deutsch-polnischen Verhandlungen sowie die direkten Besprechungen zwischen den deutschen und polnischen Bevollmächtigten haben, seitdem die Einigung in der Frage des Verkehrs über Kreuzburg erzielt worden ist, zu keinem weiteren Ergebnis mehr geführt und sind nunmehr eingestellt worden. Die drei wichtigsten Fragen: 1. der Liquidation, 2. der Anwendung des Artikels 256 des Versailleser Vertrages auf das deutsche und preussische Staatseigentum und 3. der Zuständigkeit des internationalen gemischten Ausschusses für den Minderheitenschutz müssen infolgedessen durch Schiedsspruch des Präsidenten gelöst werden. Der Schiedsspruch wird wahrscheinlich am Sonnabend oder Montag in neuer ordentlicher Sitzung gefällt werden. Dabei muß daran erinnert werden, daß der Präsident für seinen Schiedsspruch völlig freie Hand hat und sich sowohl für die eine wie für die andere Auffassung entscheiden kann, aber auch seine Entscheidung auf Grund einer dritten Lösung fällen darf.

## Die Anzeigensteuer abgelehnt.

Der Reichstag hat die Umsatzsteuer im wesentlichen nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen. Eine wichtige Abänderung erfuhr lediglich die sogenannte Inzeratsteuer für Zeitungen und Zeitschriften, deren Höhe der Ausschuss bis auf 4 v. H. gestaffelt hatte. Ein Antrag des Zentrums, der Sozialdemokraten, der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei fordert die Streichung der Sondersteuer für Anzeigen, die danach nur der gewöhnlichen Umsatzsteuer von 2 v. H. unterliegen sollen. Ein deutschnationaler Zusatzantrag will den kleinen Blättern Ermäßigungen auf 1 bzw. 1 1/2 v. H. gewähren. Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Koalitionsparteien angenommen, der Zusatzantrag dagegen wurde abgelehnt. In namentlicher Abstimmung wurde dann mit 130 gegen 119 Stimmen bei 11 Stimmenthaltungen beschlossen, daß die Umsatzsteuer mit rückwirkender Kraft zum 1. Januar ausgestellt werden soll. Hierfür wurde das gesamte Umsatzsteuergesetz in zweiter Lesung angenommen.

## Die Notlage der Presse.

Der Reichsverband der Deutschen Presse weist erneut auf die von Regierung und Parlament längst anerkannte Notlage der Presse hin, die in nächster Zeit zu einer Katastrophe für alle am Zeitungsgewerbe Beteiligten führen muß. Er fordert Aufhebung jeder Sonderbesteuerung der Presse, eine ihren berechtigten Interessen entsprechende Berücksichtigung bei Festsetzung der Post- und Eisenbahntarife und Maßnahmen gegen die ungeheuerliche Preissteigerung auf den Gebieten des Holzstoffes, des Zellstoffes und des Papiers sowie Sperung der Ausfuhr von Papier und Zellstoff, so lange nicht das Papier für die deutsche Presse zu einem erträglichen Preise geliefert wird.

## Regierung und Reparationsnote.

Das Reichskabinett hat bis jetzt noch keine feste Stellungnahme zu den Forderungen der Reparationskommission angenommen. Es fand in der Reichskanzlei lediglich eine Gesprächsbesprechung statt, an der außer dem Reichskanzler der Reichsminister des Inneren, der Reichsfinanzminister, der Reichsarbeitsminister und der Reichsschatzminister teilnahmen. Staatssekretär Fischer, der Vorsitzende der deutschen Kriegskostenkommission in Paris, berichtete über seine Pariser Eindrücke und über die Note der Reparationskommission. Die Ressorts werden nunmehr an der Hand des französischen Textes die Note eingehend prüfen. Voraussetzlich wird der Reichskanzler Dr. Wirth am Sonnabend entweder im Auswärtigen Ausschuss oder vor dem Plenum des Reichstages über die Note der Reparationskommission sprechen.

## Gegen den Landraub an der Weichsel.

In sämtlichen Ortschaften der Marienwerder-Niederung fanden Kundgebungen gegen den Spruch der Interalliierten Grenzfestsetzungskommission und die damit verbundene Verletzung des Reichsverbandes statt. Auch Marienwerders selbst und aller Orte des ehemaligen Abstammungsgebietes hat sich eine große Erregung bemächtigt. Das Volk fordert den durch Artikel 97 des Friedensvertrages garantierten Zugang zur Weichsel und Beachtung der Artikel 28 und 30, nach denen nur die Mitte der Hauptfließstrecke der Weichsel als Grenzlinie in Frage kommen kann.

## Das Gesetz über die Donauakte.

Der Reichsminister des Inneren hat dem Reichstag den Entwurf des Gesetzes betr. den Vertrag zum Abschluß der endgültigen Donauakte zur Beschlussfassung zugehen lassen. Der Vertrag steht zunächst ein allgemeines Regime auf der Donau vor, nach dem die Schifffahrt auf der Donau zwischen Ulm und dem Schwarzen Meere im Sinne vollkommener Gleichheit frei und allen Flaggen geöffnet ist. Ein Unterschied zum Nachteil der Staatsangehörigen, der Güter und der Flagge irgendeiner der vertragsschließenden Mächte zwischen diesen und den Staatsangehörigen, den Gütern und der Flagge eines Uferstaates selbst oder eines meistbegünstigten Staates darf nicht gemacht werden.

## Den Entwurf einer Schlichtungsordnung hat der

Reichsarbeitsminister dem Reichstag zugehen lassen. Der Entwurf, der bereits im Reichswirtschaftsrat zu einer

en, im  
1922.  
bühnen  
struppen  
ameri  
geflist  
gen so  
eutschen  
die  
burg  
is mehr  
n. Die  
2. der  
Bertrag  
igentum  
gemisch  
müssen  
ten ge  
lich am  
Sigung  
werden,  
völlig  
wie für  
er auch  
ührung  
Reichstag  
ach den  
ne wicht  
te Inste  
berent  
hatte.  
okraten,  
und der  
ung der  
gen sollen.  
Keinen  
D. ge  
trag der  
amung  
bei 11  
fahne  
gestaltet  
steuer  
berband  
von Ne  
Notlage  
er Kata  
führte  
bersteu  
interessen  
der Post  
die unge  
e Holz  
die Sper  
so lange  
u einem  
s Reichs  
gnahme  
sion ein  
lediglich  
n Reichs  
Reichs  
und der  
Fischer,  
mission  
Eindrücke  
on. Die  
französi  
rausficht  
onnabend  
vor dem  
Repara  
In sämt  
ganden  
erallier  
mit ver  
t. Auch  
emaligen  
Erregung  
artikel 97  
zur  
30, nach  
linie der  
mm.  
Reichs  
den Ent  
Abschluss  
ung zu  
in alle  
dem die  
und dem  
Gleichheit  
unterschied  
äter und  
n Mächte  
den G  
ist über  
gemacht  
g hat der  
affen. Der  
zu eine

gehenden Erweiterungen Anlass gab, gliedert sich in fünf Teile. Der erste Teil enthält allgemeine Vorschriften, der zweite Teil regelt die Befassung der Schlichtungseinrichtungen sowie die Schlichtungsbehörden. Diese sind die Schlichtungsämter, die Bundes- und die Reichsschlichtungsämter. Der dritte Teil regelt das Verfahren vor den vereinbarten Schlichtungsstellen und vor den Schlichtungsbehörden. Der vierte Teil enthält Schutz- und Strafvorschriften, und der fünfte Teil Ausführungs- und Übergangsbestimmungen. Dem Entwurf ist eine ausführliche Begründung beigegeben, die eine Darstellung der Vorgeschichte des Schlichtungswesens enthält. Der Entwurf hat dem Reichsrat bereits vorgelegen, der seiner Einbringung zugestimmt hat. Jedoch ist über die Ausbringung der Mittel für die Schlichtungsbehörden zwischen der Reichsregierung und dem Reichsrat eine Übereinstimmung nicht zustande gekommen.

**Wescheil im Generalsekretariat der Zentrums-Partei.** Der bisherige Reichsgeneralsekretär der deutschen Zentrums-Partei, Dr. Kagenberger, scheidet zum 1. April aus seinem Amt aus, um einen Direktionsposten bei der „Germania“ zu übernehmen. Zum kommissarischen Leiter des Reichsgeneralsekretariats ist bis zur endgültigen Entscheidung Dr. Bockel, der Geschäftsführer des Reichsverbandes der deutschen Winzerverbände, bestellt. — Der bisherige Chefredakteur der „Germania“, Dr. Sommerich, tritt ebenfalls von seinem Posten zurück und geht ins Reichsfinanzministerium über.

**Der Nord in Petersburg.** Unter Bezugnahme auf die Weigerung der Botschafterkonferenz, bei der Interalliierten Kommission in Opatowitz wegen der Ermordung des Vizekonsuln Meißner einzuweichen, wendet sich die deutsche Regierung in einer Note gegen die von der Botschafterkonferenz vertretene Auffassung, daß die Reichsregierung nicht berechtigt sei, sich des Schicksals der Deutschen im Baltikum zu bemerken. Als Vertragspartei hat Deutschland ein unbestreitbares Recht darauf, seinerseits von der Interalliierten Kommission die Erfüllung ihrer vertraglichen Pflichten zu fordern. Es kann um so weniger auf dies Recht verzichtet, als ein größerer Anzahl anderer Fälle vorliegt, in denen Deutschland in Opatowitz an Gesundheit und Eigentum geschädigt worden sind, ohne daß sie Schutz und Unterstützung bei der Interalliierten Kommission gefunden hätten. Da einer der Note beigefügten Anlagen weitaus sechs Fälle angeführt, in denen die Interalliierte Kommission Aufträge deutscher Insurgenten und französischer Soldaten ungeführt gelassen hat.

**Die kommunizistischen Geheimtaten.** Im Hauptausgang des preussischen Landtages teilte Staatskommissar Lehmann mit, daß man bei der Aushebung der Funktion u. a. ein genaues Verzeichnis der von der kommunistischen Partei als unbedingt sicher anerkannten Postbeamten gefunden habe, ferner einer Reihe, wonach man nach Möglichkeit in Häusern mit Telegraphenleitungen einen sicheren Kommunismus einquartieren sollte, der im Notfall die Aufgabe habe die Telegraphenleitungen zu zerstören.

**Die jetzt noch im Großherzogtum Luxemburg befindliche französische Besatzung,** bestehend aus einem Jägerbataillon, soll in wenigen Monaten zurückgezogen werden.

**Der Vertreter des englischen Schachmeisters in Wien, Young,** hat den englischen Kredit für die österreichische Währungsreform zur Verfügung gestellt.

**Der englische Kronprinz ist auf seiner Weltreise in Colombo auf Ceylon eingetroffen und wird nach kurzem Aufenthalt seine Reise nach Japan fortsetzen.**

**Die Sowjetregierung hat dem Oberkommissar des Internationalen Komitees für die Aufrüstung Ransen telegraphisch den Titel eines Ehrenmitgliedes des Moskauer Sowjets angeboten. Dr. Ransen hat jedoch abgelehnt.**

### Frankreich: Waffenstillstand im Orient?

Die in Paris versammelte Außenminister Konferenz Frankreichs, Italiens und Englands haben beschlossen, sowohl der türkischen als auch der griechischen Regierung eine telegraphische Aufforderung zuzuschicken, sofort einen Waffenstillstand abzuschließen, um weiteres Blutvergießen zu verhindern. Die Friedensleistungen sollen während einer Dauer von zunächst drei Monaten unterbrochen werden. Was das zu wissen, daß im Falle der Annahme des Waffenstillstandsplanes durch die Griechen und die Türkei ein Waffenstillstandsvertrag aus Vertretern der griechischen und der türkischen Kommandos sowie aus alliierten Offizieren die Bedingungen der Wahrung des Waffenstillstands durch die Griechen, die unangenehm drei Monate in Anspruch nehmen werde, festliegen würde. Die sogenannte Räumungskommission werde über die Durchführung wachen, dann sollen die Friedensverhandlungen in Konstantinopel beginnen. Die Souveränität der Türkei über Smyrna werde wieder hergestellt werden, aber der Gouverneur solle von den Alliierten oder von dem Völkerbund bestätigt werden müssen.

### Italien: Die Tagesordnung für Genua.

Die Tagesordnung für Genua wird folgende Punkte umfassen: 1. Befassung der geeigneten Verfahren zur Auslösung der Besatzung von Genua. 2. Wiederherstellung des europäischen Friedens auf fester Grundlage. 3. Befestigung der Grundbedingungen für die Wiederherstellung des Vertrauens unter den verschiedenen Staaten ohne Verletzung der bestehenden Verträge. 4. Finanzfragen und 5. Wirtschafts- und Handelsfragen. — Die Delegierten Deutschlands, Englands, Frankreichs und Belgiens werden in der Stadt Genua selbst untergebracht werden. Die übrigen Delegierten sollen in der Umgegend von Genua wohnen.

### England: Der Luftkrieg der Zukunft.

Bei der Begründung des Luftfahrtbundes machte der Luftfahrtminister interessante Bemerkungen über die Rolle, welche die Flugzeuge in künftigen Kriegen spielen werden. Bei dem letzten Angriff auf London hätten die Deutschen 36 Flugzeuge verwendet. Damals seien 32 000 Mann für die Verteidigung der Hauptstadt nötig gewesen, in Zukunft würden bei derartigen Angriffen vielleicht von 300 Flugzeugen Bomben von zehnmal größerem Gewicht und mit weitestens bis fünfmal größerer Sprengkraft abgeworfen werden. London und ganz England müßten sich darauf vorbereiten, einer solchen Gefahr die Stirn zu bieten. Der Minister wies schließlich darauf hin, daß die Franzosen (1) weit stärkere Luftstreitkräfte als England besäßen.

### Amerika: Eine Note an Poincaré.

Die Washingtoner Regierung hat durch ihren Pariser Botschafter dem französischen Ministerpräsidenten Poincaré eine Note über die Rückerstattung der Besatzungskosten des amerikanischen Meeres am linken Atlantik überreicht.

Die amerikanische Regierung legt darin dar, daß sie alle alliierten Vorschläge entgegen nehmen werde, die geeignet seien, eine vernünftige Regelung der Zahlungen, die den Vereinigten Staaten für die Kosten ihrer Besatzungsarmee geschuldet würden, herbeizuführen. Die Note erwähnt nicht die Forderung zwischen den Alliierten vereinbarte Verteilung der Kosten von Deutschland gezahlten Beträge; sie beschränkt sich lediglich darauf, das Recht der Vereinigten Staaten auf Rückerstattung festzusetzen, ohne eine Frist zu stellen.

### Amerika: Abreisezeremonie auf offener See.

Im amerikanischen Repräsentantenhaus wurde ein Antrag eingebracht, daß zehn von den Schlichtungsämtern, die auf Grund der Beschlüsse der Konferenz von Washington zersiedet werden sollen, auf offener See verankert werden sollen, um aus dieser Zeremonie den Gegenstand einer Aktion für den internationalen Frieden zu machen.

### Vereinigte Staaten: Allgemeiner Bergarbeiterstreik ab 1. April.

In den Vereinigten Staaten beschloß die Gewerkschaft der Bergleute der Anthrazit- und Braunkohlengruben, bis ungefähr 800 000 Arbeiter umfaßt, ab 1. April in den Streik zu treten. Die ausgegebene Streikparole fordert vollständige Einstellung der Kohlenausbeutung. Die Regierung hat bereits Maßnahmen zur Sicherung des Verkehrs im Falle des Streikes vorgezogen.

### Rückfragen in Paris.

— Berlin, 23. März. Wie das „Berl. Tageblatt“ hört, hat die Reichsregierung beschloffen, zunächst einige „Rückfragen“ nach Paris zu richten, um nähere Aufklärungen über einzelne Punkte der Reparationsnote zu bekommen.

Man kann aus dem Wortlaut der Note nicht bestimmen erkennen, ob die Reparationskommission die ja noch nicht beschlossene Zwangsanleihe schon als einen Teil der neu geforderten Steuern betrachtet so daß der Ertrag der Zwangsanleihe in das verlangte neue Steuerkommen von 60 Milliarden Mark einzurechnen wäre.

### Das Arbeitszeitgesetz für die Eisenbahn.

— Berlin, 23. März. Die Beratungen der gewerkschaftlichen Eisenbahnorganisationen über den Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes für die Eisenbahn sind nunmehr beendet und haben ihren Niederschlag in einer Reihe von Einzelvorschlägen gefunden. Diese Vorschläge werden nunmehr dem Reichsverkehrsministerium unterbreitet, das zu entscheiden haben wird, ob es in den Beschlüssen der Eisenbahnorganisationen eine geeignete Grundlage zu weiteren Verhandlungen erblickt.

### Die Auszahlung der neuen Beamtengehälter.

— Berlin, 23. März. Entsprechend den Abmachungen mit den gewerkschaftlichen Eisenbahnorganisationen werden den Beamten und Angestellten die neuen Feuerungs- und Ortsklassenzuschläge ohne Verzögerung am 1. April ausbezahlt werden. Diejenigen Beamten, die einen besonderen Antrag stellen, sollen noch in diesem Monat einen Vorstoß auf die neuen Gehälter erhalten.

### Die Not des Zeitungsgewerbes.

— Berlin, 23. März. Bei einer gemeinsamen Besprechung der Vertreter aller Parteien, der Verlegerorganisationen und des Reichswirtschaftsministeriums wurde auf die zum 1. April bevorstehende ungeheure Preissteigerung des Druckpapiers hingewiesen. Die Verlegerverbände machten auf die drohende Ueberforderung der deutschen Presse mit ausländischem Kapital, die zu erwartenden Betriebsstörungen und die damit verbundene starke Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe aufmerksam und forderten die Regierung und die Parteivertreter auf sofortige Abhilfemaßnahmen im Reichstag zur Annahme zu bringen.

### „Pressfreiheit“ in Oberasien.

— Opatowitz, 23. März. Das Erscheinen der „Opelner Nachrichten“ ist wegen eines Artikels des Reichstagsabgeordneten Herschel zum Jahrestage der Abstimmung von der interalliierten Kommission für 1. Tage verboten worden.

### Der Stand der Mark. Es folgten nach den amtlichen Notierungen der Berliner Börse am

	23. 3.	22. 3.	1914
100 holländische Gulden	12487	11588	167,— M
100 belgische Franken	2782	2592	80,— „
100 dänische Kronen	7012	6533	112,— „
100 schwedische Kronen	8649	8041	112,— „
100 italienische Lire	1395	—	— „
1 englisches Pfund	1446	1241	20,— „
1 Dollar	326	304	4,20 „
100 französische Franken	3060	2747	80,— „
100 schweizerische Franken	6450	5914	80,— „
100 tschechische Kronen	569	524	— „

### Gedenktafel für den 24. März.

1830 \* Der Dichter Robert Hamerling zu Kirchberg a. Waide in Niederösterreich († 1883) \* Der Bahnhofs-Inspektor in St. Peter bei Klagenfurt († 1893) \* 1844 \* Der dänische Bildhauer Albert Bertel Thorvaldsen in Kopenhagen (\* 1770) — 1891 \* Der Botaniker Richard Schomburgk in Adelaide (\* 1811).

### Gedenktafel für den 25. März.

1801 \* Der Dichter Friedrich Heine v. Harbenberg (Wobau) in Weissenfels (\* 1772) — 1831 Sieg der Decker über die Italiener bei Rimini — 1835 \* Der Volkswirtschaftler Adolf Wagner in Erlangen († 1917) — 1854 \* Der Schauspieler Max Grube in Dorpat — 1907 \* Der Chirurg Ernst v. Bergmann in Wiesbaden (\* 1830).

## Der Herrenreiter.

Roman von Robert Misch.  
(5. Fortsetzung.)

Und während er langsam durch die stillen Straßen des westlichen Vorortes schritt, hielt er Bericht über sich und verurteilte sich selbst. Nur nichts Halbes — nur kein verpfushtes ärmlisches Dasein — etwa als Versicherungs- oder Weinagent oder irgendwo in einem Bureau!

Er lachte so grell auf bei diesem Gedanken, daß der Straßenteiler, der an der Ecke seines Amtes wartete, ihm verwundert und kopfschüttelnd nachblickte. Andere konnten so leben — er nicht! Mit dem

Dunten Rod, mit dem fröhlichen Kletterleben war für ihn alles, alles aus.

Ganz leise schloß er die Korridortüre auf. Sein kleines Zimmer, das er jahrelang bewohnt, und das stets von neuem sein Heim war, sobald er wieder auf ein paar Tage nach Berlin kam, ging nach vorne hinaus, nach der Straße. Auf der anderen Seite des Korridors lagen die Zimmer der Schweflern dicht nebeneinander. Der General schlief hinten, nach dem Hofe, wo die Geräusche der Straße nicht den leichten Schummer des alten Herrn hören konnten.

Beise, auf den Felsen ging Dietrich in die Stufe, legte Mantel und Säbel ab, ließ sich schwerfällig in den Sessel vor dem kleinen Schreibtisch fallen. Wie friedlich das alles dalag im frühen Morgenlicht, das trübe durch den geschlossenen Vorhang schimmerte! Die paar Schulbücher, die hier noch pietätvoll auf den Wandbrettern standen, dieser kleine Tisch mit dem alten gläsernen Zintenzug, das alte grüne Kipsoppha: sie hatten die kleinen Weiden und Freuden seiner Schuljahre miterlebt, waren mit seinen schönsten Erinnerungen verweben.

Wie oft war er hierher zurückgekehrt, mit dem Heimgefühl eines sicheren Hafens! Hier war er der stets Willkommen, der Sohn und Liebling des Hauses. Alles ging hier seinen alten stillen Gang fort. Die alte Köchin, der alte Diener, sie stammten noch aus den Zeiten der seligen Mutter. Möbel und Hausrat, der Rückschnitt des ganzen Hauses: nichts wechselte hier seit vielen Jahren.

Nur einmal hatte der Tod einen großen Einschnitt in dies friedliche Dasein gemacht: als die Mutter starb. Der alte General fand sich auch damit ab, wenigstens ließ er niemand einen Einblick in sein Herz tun.

Die Söhne waren in ihre Garnisonen gegangen.

Alfred, der Jüngere, stand in Straßburg bei einem Jägerregiment. Die Mädchen führten den Haushalt und füllten ihre freie Zeit mit sozialer Wohltätigkeit, häuslicher Besinnlichkeit und kleinen Arbeiten aus. Charlotte malte und zeichnete fürs „Kunstgewerbe“ — Postkarten, Zeller und allerlei niedliche Porzellan-sachen. Willi stützte kunstvoll. Der Alte dudete es schweigend, daß sie sich ein „Theater- und Taschengeld“ machten, da es heimlich gefah.

Das kleine Vermögen und die Pension reichten für den knappen Rückschnitt des Hauses, für kleine, bescheidene Feste der Jugend und die Rückschneide der Jungen, zumal ja der Kavallerist jetzt seine eigenen Weit-Einkünfte hatte.

Das alles hatte er gewußt — und dennoch . . .

Er nahm einen Briefbogen und schrieb einige Abschiedszeilen an den Vater. Er verurteilte sich selbst in den schärfsten Ausdrücken. Nein, er wollte sich nicht weiß waschen. Der Vater sollte den wackrigen, ungehorsamen Sohn vergessen. Er wisse, daß es für ihn keine Entschuldigung und auch keine geistliche Zukunft mehr gäbe — nur den Weg, sich selbst auszulöschen aus diesem Dasein.

Er mußte sich beeilen, ehe das Haus, ehe die Seinen erwachten; denn wer weiß, ob er dann noch den Mut fand!

Einen Augenblick hatte er daran gedacht, die — die Tat außerhalb des Hauses . . . Aber dann kam es womöglich in die Zeitung — man würde ihn in das Schandhaus bringen. Ihn schauderte.

So konnte man einen Unglücksfall vorschreiben — wenigstens der Deffentlichkeit gegenüber. Etwas, daß er beim Entladen seiner Pistole verunglückt sei, oder dergleichen. Die Herren von gestern abend würden schon im eigenen Interesse reinen Mund halten. Und er sollte dem Schreiben noch eine Nachschrift bei mit der Bitte, es so darzustellen.

Ober sollte er nach Schwedt zurückreisen und dort —? Würde er dann noch den Mut finden? Konnte er hier harmlos dem Vater, den Seinen, die sich auf den frohen, freien Sonntag mit ihm freuten, entgegentreten?! Sein Verbot hatte er nicht heucheln können. Niemals würde er imstande sein, eine solche Komödie durchzuführen. Sein Blick, sein Aussehen, seine Worte würden ihn verraten.

Mit einem schnellen Entschluß schloß er die kleine Schublade auf, die einige Andenken, alte Briefe und Gedichte enthielt. Reliquien einer entschwindenden, ach, so schönen Lebensstunde. Er mußte beinahe lächeln — bloß, daß es ihm dabei alleibitter auf der Zunge lag, wenn er an jene Gymnastik- und Tanz- und denzeit dachte.

Mit den Schweflern zusammen hatte er die schöne Kunst in einem privaten Zirkel erlernt. Willi war damals erst vierzehn Jahre alt; und er schwärmte für die weit ältere Schwester eines Freundes, die den kleinen Primaner zum besten hielt.

Mit dem alten Armeeoberst hatte er seine ersten Schießübungen gemacht. Herrliche Reiten voll Uebermutes, toller Jugendlust und Freude an der neuen Freiheit, an den sauer erworbenen Spauettes.

Es fielen noch alle Patronen drin. Man brauchte sie nur zu entschleunern — und . . .

Das Herz klopfte ihm plötzlich. Hinter sich hörte er leise, ganz leise die Türe öffnen, sah er, ohne sich umzublicken, Willis Gestalt im Spiegel, mit offenem Haar, den leichten Morgenrost löse ungeworfen. Tuschel, er hatte die Türe zu schließen vergessen! Schon stand sie neben ihm, entwand dem Halb-gelächmten die Waffe mit einem schnellen Griff . . .

„Dietrich?“  
„Was — willst du hier? — Ich habe . . . habe da was gesucht. Das Ding ist mir zufällig in die Hände geraten. Gib's wieder her und geh ins Bett.“

„Dietrich — sag' mich nicht an!“  
„Schon hatte ich klarer. Finster Mädchenbild den Brief erspäht. Sie nahm ihn an sich, überflog ihn schnell . . .“

„Ich habe dich kommen hören. Ich . . . ich konnte nicht einschlafen — wie ein Alb lag es auf mir die ganze Nacht, als du nicht kamst. Und ich sah dein Gesicht durch das Schlüsselloch, dein bleiches, verzerrtes Gesicht. Da mußte ich, etwas Furchtbares in mich sehen.“

(Fortsetzung folgt.)

